

## Die Bilanz der Europäischen Integration 1993/94

WERNER WEIDENFELD

Eine merkwürdige Stimmung erfaßt Europa. Desinteresse, Ratlosigkeit und Frustration legen sich über den Kontinent. Was als Idee die Phantasie der Generationen beflügelte, wird als das reale politische System des geeinten Europa zum Fokus larmoyanter Klage. Kritische Sorge läßt sich an vielen Punkten festmachen:

- Da wird ohne Enthusiasmus das Europäische Parlament direkt gewählt<sup>1</sup>. Die üblichen Machtrochaden der Provinz hatten die Personalauswahl bestimmt, wo doch komplizierte Institutionen der überzeugenden Personalisierung bedürfen. Die Ersatzdramatik innenpolitischen Streits sollte den leisen Abschied des Bürgers vom Europäischen Parlament verhindern.
- Die Unübersichtlichkeit des vereinten Europas provoziert Mißtrauen. Wo kaum noch die Experten und Insider die Entscheidungsabläufe nachzeichnen und kontrollieren können<sup>2</sup>, wie soll da Zustimmung und Vertrauen entstehen? Echte Mitwirkung an der Gestaltung der Existenzfragen muß auf europäischer Ebene heute noch als ein Fremdwort gelten.
- Es ist Krieg in Südosteuropa, und Europa demonstriert seine beschämende Hilflosigkeit<sup>3</sup>. Die Kraft und die Pflicht der Völkergemeinschaft zur Friedensstiftung bleibt unsichtbar. So werden der Würde Europas Wunden geschlagen, deren fatale kulturelle Folgen in voller Tragweite erst im historischen Rückblick offenbar werden.

Und das soll es nun gewesen sein? Die Visionen scheinen verzehrt, die Träume der neuen Generation verfliegen. Ein Kontinent, der sich über den Trümmerfeldern des Weltkrieges zur Gemeinschaft verbindet — dieser Kontinent verliert nun Sinn und Orientierung. Die Not scheint gebannt, das Gegenüber ist verschwunden. Die Quellen seiner Identität versiegen. Der Kontinent wird schlapp.

### *Die neue Epoche als Zwischenzeit*

Europa durchlebt eine Zwischenzeit, ohne dominierende Konstellation, ohne prägendes Muster<sup>4</sup>. Eine Politik, die Abwehrkräfte mobilisieren konnte, gerät in Schwierigkeiten, wenn sie Gestaltungskräfte freisetzen soll. Ungefiltert sind wir mit der ganzen Kompliziertheit der neuen Lage konfrontiert. Die alte Art europapolitischen Denkens und Handelns erweist sich als überfordert. Der Mangel an außenpolitischer Diskussionskultur wird um so schmerzhafter spürbar. In diesen Zeiten wabernder Unsicherheit wachsen die Gefahren:

- Trotz aller Kritik schreitet die Integration Europas voran — Tag für Tag mit immer neuen Verordnungen und Richtlinien. Wie ein Magnet zieht der integrierte Kern immer mehr Zuständigkeiten und immer mehr Mitglieder an sich. Europa sitzt in der Erfolgsfalle, weil der Kompetenzausdehnung keine Effektivierung der Instrumente gefolgt ist. Der Hinweis auf die Gefahr eines europäischen Zentralismus ist mehr als nur ein wahlkämpferisches Menetekel. Wenn es nicht gelingt, den zentralistischen Sog durch eine klare föderale Balance abzulösen, wird Europa am Mißtrauen seiner Bürger ersticken<sup>5</sup>.
- Die alte Logik der Gemeinschaft, das Eigeninteresse der Nation im Gemeinschaftsinteresse aufgehoben zu sehen, wird mehr und mehr abgelöst durch die Rückwendung zum nationalen Egoismus. Entsolidarisierung wird zum Schlüsselbegriff<sup>6</sup>. Die archaischen Formen der balance of power werden wieder zum Kompaß der Macht.
- Das Europa im Umbruch hat fast alle materiellen und immateriellen Bezugsgrößen der Politik einem radikalen Wandel unterworfen. Was bietet da noch Halt, um sich zurechtzufinden? Für viele lautet die einfache Antwort: die Nation. In dieser Unbedingtheit mutiert nationale Identität leicht in eskalierender Überhitzung zum radikalen Nationalismus<sup>7</sup>. Osteuropa bietet reichhaltige Anschauung dafür, aber auch Westeuropa ist gegen diesen Bazillus nicht gefeit.

Die Summe aus alledem ist schockierend: Der Untergang Europas ist anzudeuten, falls es nicht gelingt, diesem Wildwuchs der Krise mit einer klaren Perspektive europäischer Problemlösung entgegenzutreten. Europa braucht Klarheit über seine Identität: Welches Raumbild und welche normative Perspektive soll die Einigung Europas annehmen? Welche Integrationsdichte soll welche Region Europas kennzeichnen? Wie soll Europa seine Sicherheit organisieren?

Möglichkeiten und Grenzen zur Beantwortung dieser Fragen sind abgesteckt durch das politisch-kulturelle Grundgesetz des Kontinents: Größtmögliche Vielfalt der Traditionen, der Temperamente und Mentalitäten trifft hier in größtmöglicher räumlicher Dichte aufeinander. Die daraus resultierende Spannung hat zwei antagonistische Konsequenzen gehabt — schöpferische Vitalität einerseits und zerstörerischen Herrschaftswillen andererseits. Europa kennt den Geist der Bergpredigt ja ebenso wie die Herrschaft des Tyrannen und das Wörterbuch des Unmenschen. Soll nur die eine Seite der Medaille Europas wirksam werden — die human-vitale, die kreativ ausstrahlende —, dann gelingt dies nur als Ergebnis einer großen politischen und kulturellen Leistung. Es spricht alles dafür, diese Leistung zu erbringen. Bei aller Sorge und Kritik dürfen jedoch die wichtigen Fortschritte der Einigung Europas nicht übersehen werden:

- Mit Österreich, Schweden, Norwegen und Finnland wurden Beitrittsverträge unterzeichnet<sup>8</sup>. Zugleich zeigte das Ringen um die Behandlung der Sperrminorität bei qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat von 23 zu 27 Stimmen die labile machtpolitische Lage an<sup>9</sup>.
- Das Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht hat eine gewisse Planungssicherheit geschaffen<sup>10</sup> — auch wenn sie durch den Kollaps des EWS gleich

- wieder gestört wurde<sup>11</sup>. Das Binnenmarktprogramm wurde fortgesetzt. Mit dem Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine klare Orientierung zu Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Europapolitik gegeben<sup>12</sup>.
- Die Assoziierungsabkommen der Union mit den mittel- und osteuropäischen Staaten haben einen Rahmen für die Fortentwicklung der Beziehungen gesteckt und zugleich die Erweiterungsperspektive nach Osten angesagt<sup>13</sup>.
- Aber jenseits dieser erzielten Fortschritte bleiben die Grundsatzfragen der neuen Ordnung Europas<sup>14</sup> — und sie bleiben bis heute unbeantwortet.

### *Die neue Herausforderung*

Aus dem Ende des Ost-West-Konflikts resultieren offensichtliche Verschiebungen der politischen Landkarte Europas. Alte Zuordnungen verlieren ihre Bedeutung und werden von neuen politischen Kraftfeldern überlagert. Langfristig werden sich auch die außenpolitischen Orientierungen entlang der veränderten Lage ausrichten. Die neuen Gravitationslinien des Kontinents sind evident:

Aus dem Zentrum des westlichen Europa rückt Frankreich an den Rand — und zwar um so mehr, je fester sich Demokratie und Marktwirtschaft jenseits der Ostgrenzen Deutschlands behaupten werden; von der Peripherie des östlichen Blocks ist die Tschechoslowakei zunächst unmittelbar an das westeuropäische Zentrum gerückt und dann doch in zwei Staaten zerfallen. Vor 1989 besaß Europa keine politisch relevante Mitte — mithin auch nicht die Konstellationsprobleme der Mittelage. Seither sind alte Begrifflichkeiten neu wahrzunehmen: Deutschland sieht sich, wenn auch unter anderen Voraussetzungen, als Teil des Westens dennoch zwischen dem Westen und dem Osten gelegen, Österreich ist mit Ansprüchen, Erwartungen und Einflußchancen in seiner Nachbarschaft konfrontiert, die im außenpolitischen Kalkül Wiens zuvor tabu waren, und auch Italien kann sich vor den Konflikten des Balkans nicht verschließen — die Adria trennt nicht nur, sie verbindet auch. Neue Zonen entstehen in Europa:

- das südliche Europa, die ärmeren Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren materielle Erwartungen dort selbst in Konkurrenz zu den Transferleistungen nach Osten perzipiert werden;
- jener Teil des westlichen Europa mit den beiden Atommächten der alten Konstellation, deren ordnungspolitische Rolle schwindet;
- das westliche Mitteleuropa mit Deutschland und Österreich, die sich von den Entwicklungen im Osten am unmittelbarsten betroffen sehen;
- der Adria-Raum mit Italien, der sich in die Erschütterungen Südosteuropas am stärksten verwickelt sieht;
- das östliche Mitteleuropa mit Polen, Ungarn, der Slowakei und Tschechien, deren Reformkapazität die Distanz zu den ehemaligen Partnern im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe vergrößert hat, aber politisch wie wirtschaftlich nicht ausreicht, um bereits Teil der westeuropäischen Integration werden zu können;

- das nördliche Europa, dessen weicher Übergang von West nach Ost und dessen partielle Neutralität bedeutungslos geworden sind und das Teil der Europäischen Union werden wird;
- das östliche Europa um den europäischen Teil Rußlands herum, dessen Perspektive sich in politischer Distanz und unverrückbarer Nähe zu Rußland bemißt sowie
- das südöstliche Europa, dessen Trennung vom westlichen wie östlichen Mitteleuropa aus den ethnischen Konflikten wie den teils latenten, teils manifesten Großstaatsambitionen seiner Schlüsselstaaten resultiert.

In diesen Räumen bestehen insgesamt keine homogenen Organisationsstrukturen. Immerhin erklären diese Lagedifferenzen den Kontext nationaler wie integrationspolitischer Strategien. Hier liegen die Interessen an der Vertiefung wie an der Erweiterung der Europäischen Union begründet, hier setzen die nationalen Konzepte der Einbindung, der Kontrolle und der Ressourcenverteilung in der Europäischen Union an.

Das neue Europa befindet sich in einer Zeit, die keinen Namen trägt. Ihr fehlt die prägende Konstellation. Statt dessen entfalten sich dialektische Spannungen: Da wird im Westen die Vertiefung eines hochkomplizierten Verflechtungssystems verhandelt, doch gleichzeitig kommt es in demselben Raum zu Desintegrationserscheinungen. Da internationalisieren sich die Märkte für Waren und Dienstleistungen in ganz Europa, doch gleichzeitig nimmt die Zahl der Staaten, der nationalen Märkte und der Währungen zu. Da danken in Mitteleuropa Kommandosysteme in friedlicher Weise ab, doch gleichzeitig kommt es auf dem Balkan zu Ausbrüchen archaischer Gewalt, zu Zerstörung, Entfremdung und Haß. Wenn dort Konflikte der Zwischenkriegszeit mit dem Waffenarsenal der Nachkriegszeit ausgetragen werden, wie kann es dann gelingen, der postkommunistischen Ordnung in Gesamteuropa eine Form zu geben?

Integration und Desintegration stehen in Europa nahezu beziehungslos gegenüber. Supranationale Politikverflechtung auf der einen Seite und nationale Auffächerung der Staatenwelt andererseits vollziehen sich scheinbar ohne wechselseitigen Bezug. Die unterschiedliche Verarbeitung wachsender Internationalisierung der Problemstrukturen bei gleichzeitiger Regionalisierung der politischen Orientierungen charakterisiert die Brüche im politischen Bewußtsein der Europäer nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft. Die "Rückkehr nach Europa" wird zu einem doppelgesichtigen Prozeß, der die Völker in Mittel- und Osteuropa mit einer zukünftigen Ordnung konfrontiert, der sie noch nicht gewachsen scheinen, und der die Völker Westeuropas mit einem Stück ihrer Vergangenheit konfrontiert, die sie abgeschnitten und überlebt glaubten.

### *Die Taktik des Gleichgewichts*

In dieser Zwischenzeit greift die Außenpolitik vieler Staaten situativ ein altes Muster europäischer Politik auf. Die Politik der *balance of power*, des Gleichge-

wichts und des Gewichtsausgleichs, ist wieder zu einem dominierenden Handlungsmuster europäischer Politik geworden. Hinter der Rhetorik des Multilateralismus der KSZE, hinter den Auseinandersetzungen um die Erbmasse der Sowjetunion, den Versuchen zur Hexagonale und hinter der Kooperation der Visegrád-Staaten stehen nationale Kalküle der Balancierung des Potentials der Nachbarn. In Westeuropa wird die europäische Integration zum Instrument eines neuen Gleichgewichtsdenkens. Auf die Verschiebung der inneren Balance durch die deutsche Einheit reagiert Frankreich mit dem Angebot zur Vertiefung der Integration. Der Perspektive der Europäischen Union stellt Großbritannien die Perspektive der Erweiterung in der Erwartung einer Auflockerung der Integration entgegen. Die Transfers der Westeuropäer in die Reformstaaten nehmen die südlichen EU-Mitglieder zum Anlaß für neue Finanzforderungen.

Im Westen und im Osten des europäischen Kontinents liegt im Rekurs auf die balance of power der Schlüssel zum Verständnis von Konflikten und Kooperation. Unter den heutigen Bedingungen ist dieser Prozeß nicht zu verstehen als Rückgriff auf die große Diplomatie der europäischen Kabinette im Sinne des schon einmal Dagewesenen. Zwar mögen Politik und Gesellschaften an jahrhundertalte Konflikte oder Konfliktstrategien anknüpfen, doch sie können den Bedingungen und den Instrumenten der wirtschaftlichen Interdependenz und der politischen Verflechtung nicht ausweichen. Die Eigenart heutiger Gleichgewichtspolitik besteht deshalb in einer eigentümlichen Verknüpfung von klassischer Diplomatie mit modernem Integrationsniveau. Auch innerhalb der Europäischen Union, ihrer Rechtsordnung und ihrer politischen Eigendynamik läßt sich nationale Interessenpolitik betreiben; Gemeinschaftsinstitutionen und kooperative Formen der Entscheidungsfindung eignen sich zur Einbindung, Kontrolle und Balancierung. Im Prozeß der Neuordnung des Kontinents wird dieses Taktieren aus dem Gleichgewichtsdenken drei Folgewirkungen aufweisen:

- Zum ersten ist eine deutliche Zunahme der Verteilungskonflikte unter den Staaten Europas zu erwarten. Zu den Prämissen der balance of power gehört ein Grundmaß an Mißtrauen gegenüber den Möglichkeiten und den Ambitionen der Nachbarn. In diesem Licht erscheint die Integration auch als Nullsummenspiel, in dem es gilt, die eigenen Besitzstände zu wahren.
- Zum zweiten begünstigt die Balancepolitik die Tendenz zur Renationalisierung als dem Versuch der Vergewisserung von Handlungsfreiheit. Gerade unter den kleineren Staaten Europas weckt die Vertiefung der Integration Befürchtungen über den Verlust von Mitwirkungsrechten in der Union.
- Zum dritten bewirkt dieses Muster eine Strukturbildung ohne Führung, denn Führungsmächte wie Führungsrollen geraten unmittelbar unter Hegemonieverdacht. Hier liegt auch der Grund für die breite Zustimmung zu einer Rolle Amerikas in Europa — zur Kontrolle von Führungsambitionen und zur Schlichtung von Machtrivalitäten.

Die europäische Politik steht vor der Aufgabe, diesen komplizierten Konstellationen der Zwischenzeit eine Form zu geben. Es geht darum, die nationalen

Kalküle mit den Herausforderungen der Lage in Übereinstimmung zu bringen. Europa kann nicht gegen die Interessenlagen seiner Nationen konstruiert werden, doch ohne europäische Problemlösungen sind nationale Interessen nicht zu wahren. An dieser Wechselbeziehung müßte jeder Versuch, Nation und Integration auf dem Kontinent gegeneinander in Stellung zu bringen, scheitern. Europa steht vor der Herausforderung transnationaler Demokratie. Einerseits wächst der Druck, das erreichte Maß wechselseitiger Verflechtung und gemeinsamer Souveränitätsausübung künftig nach demokratischen Regeln zu gestalten; andererseits wird die demokratische Ordnung selbst zu einem europäischen Gut, dessen Bewahrung in Zukunft nicht länger als unzulässige "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" eines Staates verhindert werden kann.

### *Europäische Handlungsfähigkeit*

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Europas haben sich in den letzten Jahren radikal verändert. Im Westen wurde die Vollendung des Binnenmarktes zum Auslöser eines Modernisierungsschubes<sup>15</sup>. Die Folgen dieses Strukturwandels gehen weit über die Bereiche von Produktion und Handel hinaus. Im Osten gab die Öffnung zur Marktwirtschaft den zweiten Impuls zur Modernisierung. Die neue Nachfrage nach Waren auf westlichem Stand einerseits und die Möglichkeiten kostengünstiger Produktion andererseits revolutionieren den europäischen Wirtschaftsraum.

Aus den Folgen dieser doppelten Erneuerung entsteht europäischer Regelungsbedarf. Die temporäre Aussetzung des Europäischen Währungssystems durch die Ausdehnung der Bandbreiten seiner Währungen illustriert eindringlich die politischen Folgen des Binnenmarktes. Nicht erst die Währungsunion, sondern bereits die Öffnung der Märkte verlangt nach einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Zwei weitere, bislang der nationalen Innenpolitik zugerechnete Problembereiche verdeutlichen die Reichweite der Binnenmarktfolgen: Ein der Währungspolitik vergleichbarer Handlungsdruck besteht zum ersten im Bereich der inneren Sicherheit<sup>16</sup>. Die Aufhebung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen erfordert die gemeinsame Organisation der Sicherheit gegen grenzüberschreitende Kriminalität. Bisher kennzeichnet institutionelle Zersplitterung und eine unklare Aufgabenzuweisung die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in diesem Bereich<sup>17</sup>. In der Logik der Binnenmarktfolgen läge es, eine "Europäische Gemeinschaft der Inneren Sicherheit" zu schaffen, in der eine Fahndungsunion mit gemeinsamen Instrumenten und Institutionen die Zusammenarbeit im kriminalistischen wie justiziellen Bereich verknüpft. Im Kontext dieser Gemeinschaft wären auch die Schritte zur notwendigen Rechtsangleichung in den Materien der inneren Sicherheit umzusetzen. Zum zweiten bedarf die Perspektive immer weiter wachsender Migrationsströme nach Westeuropa dringend einer zukunftsfähigen Regelung<sup>18</sup>. Obwohl sich kein Staat der Europäischen Union als Einwanderungsland begreift, ist die Zahl der Zuwanderer EU-weit auf

über eine Million Menschen jährlich angewachsen. Unter den Bedingungen des Binnenmarktes können die Europäer den Migrationsdruck national nicht adäquat regeln. Spätestens mit dem Abbau der Personenkontrollen werden die Nachteile eines unkoordinierten Nebeneinanders nationaler Asyl- und Einwanderungspolitiken offensichtlich. Ein europäisches Einwanderungskonzept muß demgegenüber die Kontrollierbarkeit der Zuwanderung verbessern und Kriterien zur Aufnahme und Integration formulieren. Nach der Jahrtausendwende werden die europäischen Gesellschaften zudem gezielte Einwanderung benötigen, um ihre schwachen Geburtenraten auszugleichen. Bisher werden denkbare Zuwanderungsquoten völlig durch die große Zahl der Asylbewerber verdeckt, doch wird über die Neuregelung des Asylrechts in den Staaten der EU hinaus ein gemeinsames Einwanderungsrecht erforderlich, um die Freizügigkeit im Binnenmarkt nicht zu behindern.

Die Beispiele verdeutlichen den Entscheidungskonflikt der Europapolitik: Werden die Binnenmarktfolgen einerseits nur national verarbeitet, so bleibt der europäische Markt unvollendet. Sollen die Wohlstandseffekte der Marktöffnung andererseits voll zur Wirkung kommen, so müssen nationale Regelungsansätze europäisch zusammenwachsen. Die Europäer müssen dieser Dynamik des Wandels eine politische Ordnung geben. Welche Institutionen sind in der Lage, den europäischen Regelungsbedarf adäquat zu erfüllen? Wie sind zugleich die Interessen der beteiligten Staaten auszugleichen und wie ist das Vertrauen in die gemeinsame Handlungsfähigkeit zu stärken?

#### *Die Formkrise überwinden*

Die Europapolitik steckt buchstäblich in einer Formkrise. Nach innen wie nach außen, in der Übertragung von Kompetenzen wie in der Weiterentwicklung der Institutionen tut sich ein elementarer Begründungsbedarf auf. Nach Jahrzehnten breiter Zustimmung gerät heute jeder Teilschritt unter den Zwang, eine skeptisch gestimmte Öffentlichkeit zu überzeugen. Wozu Europa, wenn der Gegner fehlt? Die Sehnsucht nach Orientierung bleibt unerfüllt.

Aber die Zeit drängt. Bereits kurz nach Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht besteht für die Europäische Union erneut die Notwendigkeit zur Reform — zum einen weil der Maastrichter Vertrag den Reformbedarf nur teilweise eingelöst hat, zum anderen weil die aktuelle Debatte neue Notwendigkeiten zur Korrektur aufgezeigt hat und der Vertrag selbst für 1996 eine neue Reforminitiative vorsieht<sup>19</sup>. Auf vier zentrale Problemfelder muß die Revision des Vertrages von Maastricht eine Antwort geben:

- den Akzeptanzverlust in der Bevölkerung, zu dem die Komplizierung der Unionsstrukturen und die mangelnde demokratische Absicherung beigetragen haben,
- die Gefahr einer Zentralisierung durch eine Ausuferung der Kompetenzübertragung auf die europäische Ebene,

- die mit dem Maastrichter Vertrag nur begrenzt gewachsene Handlungsfähigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Innen- und Justizpolitik,
- die unzureichende Anpassung der Union an die bevorstehenden Erweiterungen mit der Gefahr einer weiteren Lähmung der europäischen Aktionsfähigkeit.

Daraus ergibt sich der Bauplan für eine ebenso handlungsfähige wie überschaubare und einfach begreifbare Europäische Union:

1. Um von den Bürgern verstanden und angenommen zu werden, muß die Union ihre Strukturen und Entscheidungsverfahren deutlich vereinfachen und transparenter machen.
2. Die Union bedarf dazu einer klaren Kompetenzverteilung zwischen der europäischen Ebene und den Mitgliedstaaten. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, die der Gefahr einer unkontrollierbaren Zentralisierungsdynamik begegnen und eine stabile förderale Balance zwischen Region, Nation und Europa gewährleisten.
3. Nicht zuletzt wegen des quantitativen und qualitativen Anwachsens politischer Entscheidungen auf europäischer Ebene, ist es unverzichtbar, die demokratische Legitimation zu stärken.
4. Die gestiegene internationale Verantwortung Europas verlangt nach Ausbau und Effektivierung der Außen- und Sicherheitspolitik.
5. Die Europäische Union ohne Binnengrenzen verlangt nach einer wirkungsvollen Form zur Wahrung der inneren Sicherheit.
6. Die anstehenden Erweiterungen der Union erzwingen eine durchgreifende Reform der Entscheidungsprozeduren.

Die größere Union der europäischen Demokratien wird eine andere Machtkonstellation kennzeichnen als die bisherige Europäische Gemeinschaft. Es besteht die Möglichkeit der Spaltung in Lager. So könnte ein Lager der kleinen Staaten, eines der ärmeren Mitglieder oder ein Klub der Nettozahler entstehen. Besonders bedeutsam erscheint die Hypothese einer Spaltung in zwei Lager: in ein südwesteuropäisches Lager, in dem sich die Führungserwartungen auf Frankreich richten werden, und ein nordosteuropäisches Lager, in dem Deutschland zum Bezugspunkt von Interessen und Präferenzen werden könnte. In dieser Konstellation liegt eine besondere Führungsverantwortung bei Frankreich und Deutschland. Beide werden mehr als andere dazu beitragen müssen, Interessendivergenzen auszugleichen, Verteilungskonflikte zu regeln und den Konsens der Europäischen Union zu schützen. Beide könnten aus dem erfolgreichen Handhaben dieser Aufgaben viel gewinnen, doch sind Zweifel an der Tragfähigkeit dieser "Achse" angebracht. Es gibt unter den westlichen Demokratien wohl kaum eine andere bedeutende bilaterale Verbindung, die so wenig Tiefe aufweist wie die deutsch-französischen Beziehungen. Unterhalb der Schwelle der hohen Politik bestehen keine engen Bindungen und nur vergleichsweise geringe wechselseitige Kenntnisse.

Dennoch müßte von Frankreich und Deutschland auch der Anstoß zu einer Differenzierung der Integration ausgehen, wenn die Entwicklungsziele der Europäischen Union in Gefahr geraten. Für beide Staaten steht der Integrationsprozeß im Zentrum ihres außenpolitischen Handelns, so daß sie versuchen würden, einen oder mehrere Integrationskerne zu bilden, um den Prozeß insgesamt zu bewahren. Eine Differenzierung könnte durch die Abstufung der Integration erzielt werden. Dazu bieten sich drei Modelle an:

- die rasche Verflechtung eines Kerneuropa auf der Grundlage der in Maastricht gefaßten Beschlüsse zur Wirtschafts- und Währungsunion,
- die Bildung einer Politischen Union unabhängig von der Teilnahme an der Währungsunion,
- die Bildung einer Politischen Union durch die Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union (WEU). Diese Option stellt die Sicherheitsunion in den Kern der politischen Vertiefung.

In Westeuropa könnten so in deutsch-französischer Initiative mehrere Kerne entstehen, deren Anspruchsniveau hoch genug läge, um der Entwicklung eines "Europa á la carte" entgegenzuwirken. Sie würden sich zudem überschneiden und deshalb die Effektivitätsverluste begrenzen können.

Die Europäische Union hat sich nur langsam aus der politischen Lähmung befreien können, in die sie infolge der Komplikationen bei der Ratifizierung des Unionsvertrages geraten ist. Es wäre der bequemere, aber sicher falsche Weg, daraus den Schluß zu ziehen, die Union sollte weitere Reformen möglichst vermeiden. Eine solche Sicht übersieht nicht nur die objektiven Notwendigkeiten der Reform, sondern verspielt auch die Chance, die in der Diskussion um Maastricht deutlich gewordenen Fehlentwicklungen zu korrigieren. Es gilt auch, aus den prozeduralen Fehlern der Maastricht-Runde zu lernen. Der Unionsvertrag ist zu sehr nur auf diplomatischem, ja technokratischem Weg entwickelt worden. Die nächsten Reformschritte müssen hingegen durch eine intensive öffentliche Diskussion bereits im Vorfeld der spätestens für 1996 geplanten Regierungskonferenz, durch die Einbeziehung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes sowie der Länder und Regionen breit abgesichert werden.

Daraus folgt, daß mit den Vorbereitungen auf die Revisionskonferenz nun unmittelbar begonnen werden muß. Der französische Vorschlag, einen gemeinsamen Zeitplan der kommenden Unionspräsidenschaften auszuarbeiten, könnte sich hierfür als nützlich erweisen. Mit den bevorstehenden Präsidenschaften von Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien werden bis Mitte 1996 vier große Mitgliedstaaten den Vorsitz innehaben, die in ihren europapolitischen Grundvorstellungen in weiten Teilen übereinstimmen und einer Reform der Union auf föderaler Basis positiv gegenüberstehen. Das Ziel lautet, der Europäischen Union eine Form zu geben, die den sachlichen Erfordernissen, den geschichtlichen Realitäten des Kontinents und den Bedürfnissen der Menschen gleichermaßen gerecht wird. Die Europäische Union muß diese Herausforderung annehmen. Ihre Zukunftsfähigkeit steht auf dem Spiel.

*Europa begründen*

Für Gesamteuropa gilt künftig, was in den zurückliegenden Jahrzehnten in Westeuropa gelernt wurde. Bei der Lösung der wesentlichen Problemstellungen der Politik reichen die national verfügbaren Ressourcen und Spielräume vielfach nicht mehr aus. Die klassischen Staatsaufgaben der "Wohlfahrt und Sicherheit" sind als politische Leistungen in Europa nicht mehr rein national zu organisieren und auch nicht mehr gegeneinander zu erreichen. Damit ist das Konzept der Integration zum Überlebensrezept der Nationalstaaten geworden. Am Ende des 20. Jahrhunderts erlaubt die Integration der historisch gewachsenen Staatenwelt des kleinen Kontinents, in einer internationalisierten und interdependenten Welt zu bestehen — politisch, kulturell und ethnisch in kleine Räume parzelliert und doch der größte einheitliche Markt der Weltwirtschaft.

Diese Leistung der europäischen Integration für die Nationen Europas wird nicht immer und von allen so verstanden. Das neue Europa polarisiert die Meinungen, denn hier treffen gänzlich verschiedene politische Entwürfe aufeinander. Den einen erscheint die Integration im idealistischen Glanz der "Zivilmacht", andere stilisieren sie zum Hegemonialinstrument einzelner Staaten, wieder andere zur Festung gegen freien Handel und Weltoffenheit. Wo die einen im Mißerfolg der Europäischen Union im früheren Jugoslawien das Ende von EU und NATO haben kommen sehen, schließen die anderen auf die Notwendigkeit vertiefter Integration. Diese Debatten braucht die europäische Politik — jedoch auf höherem Niveau als gegenwärtig vielfach zu beobachten.

Nach innen wie nach außen, in der Übertragung von Kompetenzen wie in der Weiterentwicklung der Institutionen steht die Europapolitik vor einem für sie neuen elementaren Begründungsbedarf. Über Jahrzehnte wurden die Grundlagen und Entscheidungen der europäischen Integration von breiter Zustimmung getragen. Heute gerät jeder Teilschritt unter den Zwang, skeptisch gestimmte Öffentlichkeiten zu überzeugen, für die die Erfolge der Vergangenheit längst zur alltäglichen Selbstverständlichkeit geworden sind. Im Erfolg der letzten Jahre entgleitet der Europapolitik ihr Gegenstand. Während die Internationalisierung der Gesellschaften voranschreitet, stagniert die Entwicklung paralleler Lösungskompetenzen und zerbröckelt der Konsens über die Notwendigkeiten gemeinsamen Handelns. Es erscheint fraglich, ob der Kontinent auf dieser Basis zusammenhalten kann oder ob nicht die Unterschiede in den Befindlichkeiten, in den Besitzständen und den Nationalitäten schwerer wiegen.

Europa soll leisten, was im gemeinsamen Interesse seiner Staaten liegt. Es sind vor allem Aufgaben der Zukunftssicherung: wirtschaftlicher Wohlstand, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Friedensbewahrung, Sicherheit vor den Risiken neuer Konflikte sowie Aufbau einer gesamteuropäischen Union, in der die Bürger Europas ihre Entwicklungsziele verwirklichen können. Dazu muß ein effektives und demokratisches Regierungssystem auf europäischer Ebene neben die politischen Ordnungen der Nationalstaaten treten. Im Innern wird dieses Europa

seine Vielfalt nie zugunsten nur technokratisch effizienter Formen aufgeben. Die Vielgestaltigkeit der Regionen und der Nationen, das Entwicklungsgefälle und die unterschiedliche Leistungsdichte werden differenzierte Integrationskonzepte verlangen und nicht das starre Festhalten an alten Strategien.

Das Bild Europas wird von unterschiedlichen Assoziationen geprägt: Europa ist Wirtschaftsmacht, ist politisches Modell und Zivilisationsträger. In der Wahrnehmung der Welt besitzt jede dieser Assoziationen zugleich auch ein negativ besetztes Gegenbild. In der neuen Weltordnung ist Europa eine Weltmacht im Werden, deren Attraktion nicht nur positiv wirkt. Die exponierten Europäer werden zu Adressaten von Erwartungen, Forderungen und Schuldzuweisungen werden, denen sie nicht ausweichen können.

Das Leitmotiv der Integration ist deshalb nicht in geographischen Begriffen zu beschreiben. Die Lebensinteressen der Europäer reichen über das Gleichgewichts- und Machtkalkül der Nationalstaaten hinaus. Ihre eigentliche Basis besitzt die europäische Integration in der Kultur: "Europa" steht für ein kulturelles Konzept, in dem die Normen der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Bürgergesellschaft, die Traditionen und Mentalitäten wie die Dichte historisch-kultureller Vielfalt zusammenkommen. In diesem Verständnis des Kontinents liegt seine schöpferische Kraft, die es politisch zu organisieren gilt.

## Anmerkungen

- 1 Positiv zur Bilanz s. Klepsch, Egon A.: Das Europäische Parlament und das europäische Einigungswerk: Einschätzungen und Vorschläge, in: *integration* 2 (1994), S. 61–67; Hilf, Meinhard: Eine Verfassung für die Europäische Union: Zum Entwurf des Institutionellen Ausschusses des Europäischen Parlaments, in: *integration* 2 (1994), S. 68–78; Schöndube, Claus: 4 von 518. Blick hinter die Kulissen des Europäischen Parlaments, Bonn 1993.
- 2 Vgl. Weidenfeld, Werner/Jung, Christian: Lehren aus Maastricht: Transparenz, Demokratie und Effizienz in der Europäischen Union, in: *integration* 3 (1993), S. 138–146.
- 3 Vgl. Linss, Hans Peter/Schönfeld, Roland (Hrsg.): Deutschland und die Völker Südosteuropas, München 1993; Mintschew, Emil: Europa, die Europäische Gemeinschaft und die Balkanhalbinsel — ein Plädoyer für eine neue integrative Strategie, in: *Südosteuropa* 7/8 (1993), S. 409 ff.; Reuter, Jens: Jugoslawien — Versagen der internationalen Gemeinschaft?, in: *Südosteuropa* 6 (1993), S. 333 ff.
- 4 Weidenfeld, Werner/Janning, Josef: Europa in der Zwischenzeit, in: *Neue Zürcher Zeitung* v. 19. 12. 1993, S. 29.
- 5 S. Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa '96. Reformprogramm für die Europäische Union, Gütersloh 1994; vgl. zu den grundsätzlichen Aspekten auch Badura, Peter: Der Bundesstaat Deutschland im Prozeß der europäischen Integration, Saarbrücken 1993; Bracher, Karl Dietrich: Kein Idealstaat Europa, in: *Die politische Meinung* 287 (1993), S. 4–14.
- 6 Vgl. Weidenfeld, Werner/Janning, Josef: Was Europa leisten soll, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Europas politische Agenda für die 90er Jahre, International Bertelsmann Forum 1993, Gütersloh 1994.
- 7 Brunner, Georg: Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa. Arbeitspapiere 10, Gütersloh 1993; Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Demokratie und

- Marktwirtschaft in Osteuropa, Gütersloh 1993.
- 8 Vgl. Vertrag über die Europäische Union, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes 16 v. 12. 2. 1992.
- 9 Vgl. u. a. Janning, Josef: Am Ende der Regierbarkeit?, Gefährliche Folgen der Erweiterung der Europäischen Union, in: Europa-Archiv 22 (1993), S. 645–652; Michalski, Anna/Wallace, Helen: The European Community: The Challenge of Enlargement, London 1992.
- 10 Weidenfeld, Werner/Jung, Christian: Das Entscheidungsgefüge der Europäischen Union: Institutionen, Prozesse und Verfahren, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Maastricht in der Analyse, Gütersloh 1994; Weidenfeld, Werner: 500 Tage Binnenmarkt — Bilanz einer Etappe, in: Orientierung 60 (1994); Weidenfeld, Werner/Jung, Christian: Lehren aus Maastricht: Transparenz, Demokratie und Effizienz in der Europäischen Union, in: integration 3 (1993), S. 138–146.
- 11 Walter, Norbert: Der Kollaps des EWS — Konsequenzen für den Maastricht-Prozeß, in: integration 1 (1994), S. 30–33; Pfister, Jürgen: Ist das Europäische Währungssystem am Ende? Die Beschlüsse vom 2. August 1993, in: Europa-Archiv 24 (1993), S. 711–717; Amato, Giuliano u. a.: Ist die Europäische Währungsunion tot? Brüssel 1994.
- 12 S. das Urteil des Bundesverfassungsgerichts v. 12. 10. 1993, in: Europa-Archiv 22 (1993), D 459–477; dazu kommentiert Schwarze, Jürgen: Europapolitik unter deutschem Verfassungsrichtervorbehalt, in: Neue Justiz 1994, S. 1–5; Kaufmann-Bühler, Werner: Deutsche Europapolitik nach dem Karlsruher Urteil, in: integration 1 (1994), S. 1–11; zur deutschen Europapolitik grundsätzlich s. Gaddum, Eckart: Die deutsche Europapolitik in den 80er Jahren, Paderborn 1994; Nötzold, Jürgen: Europa zwischen nationalstaatlichem Handeln und übernationaler Integration: die deutschen Interessen, SWP-AP 2813, Ebenhausen 1993.
- 13 Vgl. u. a. Deubner, Christian u. a.: Die Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa, SWP-AP 2818, Ebenhausen 1993; zu den Grundsatzfragen Osteuropas s. Bomsdorf, Falk u. a.: Die Risiken des Umbruchs in Osteuropa und die Herausforderung für die Europäische Gemeinschaft, Bonn 1993; Larrabee, Stephen: East European Security after the Cold War, Santa Monica 1993; Curtis, Mark u. a.: Challenges and Responses to Future European Security, o. O. 1993; Nötzold, Jürgen: Der östliche Teil Europas — Randgebiet oder Bestandteil der europäischen Integration, in: Außenpolitik 1993, S. 326–334; Merkel, Wolfgang: Systemwechsel: Probleme der demokratischen Koordinierung in Ostmitteleuropa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18–19 (1994), S. 3–11.
- 14 S. weiterführend Senghaas, Dieter: Friedensprojekt Europa, Frankfurt 1992; Jakobiet, Cord/Ypnaal, Alparslan (Hrsg.): Gesamteuropa, Opladen 1993; Lübke, Hermann: Abschied vom Superstaat, Vereinigte Staaten von Europa wird es nicht geben, Berlin 1994; Wessels, Wolfgang/Engel, Christian (Hrsg.): The European Union in the 1990s — Ever closer and larger, Bonn 1993; Gasteyer, Curt: Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945 bis 1993, Bonn 1994; Czempiel, Ernst-Otto: Bausteine einer europäischen Friedensordnung, in: Europa-Archiv 1994, S. 91–100.
- 15 S. problematisierend und weiterführend Weidenfeld, Werner/Turek, Jürgen: Technopoly, Gütersloh 1993.
- 16 Rupprecht, Reinhard/Hellenthal, Markus: Innere Sicherheit im Europäischen Binnenmarkt, Grundlagen 10, Gütersloh 1992.
- 17 Vgl. Gimbal, Anke: Innen- und Justizpolitik — die dritte Säule der Europäischen Union, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Maastricht in der Analyse, a. a. O., S. 71–89.
- 18 S. weiterführend Weidenfeld, Werner/Hillenbrand, Olaf: Wie kann Europa die Immigration bewältigen? Möglichkeiten und Grenzen eines Einwanderungskonzepts, in: Europa-Archiv 1 (1994), S. 1–10; Meissner, Doris M./Hormats, Robert D. u. a.: Internationale Migration: Herausforderung einer neuen Ära, Bonn 1993.

19 Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa '96. Reformprogramm für die Europäische

Union, Gütersloh 1994.

## Weiterführende Literatur

- Behrens, Peter: Pro und Contra Maastricht: Eine Systemveränderung auf dem Prüfstand, in: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 17 (1992).
- Berthold, Norbert: Europa nach Maastricht — Die Skepsis bleibt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1993, S. 29 ff.
- Beutler, Bengt u. a.: Die Europäische Union. Rechtsordnung und Politik, Baden-Baden 1993.
- Blanke, Hermann-Joef: Der Unionsvertrag von Maastricht — Ein Schritt auf dem Weg zu einem europäischen Bundesstaat?, in: Die öffentliche Verwaltung 10 (1993).
- Bohley, Peter: Europäische Einheit, föderatives Prinzip und Währungsunion: Wurde in Maastricht der richtige Weg beschritten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1 (1993), S. 34–45.
- Bracher, Karl Dietrich: Kein Idealstaat Europa, in: Die politische Meinung 287 (1993), S. 4–14.
- Brunner, Georg: Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa, Arbeitspapiere 10, Gütersloh 1993.
- Cass, Deborah Z.: The Word that saves Maastricht? The Principle of Subsidiarity, in: Common Market Law Review 6 (1992), S. 1107–1136.
- Curtis, Mark u. a.: Challenges and Responses to Future European Security, 1993.
- Czempel, Ernst-Otto: Bausteine einer europäischen Friedensordnung, in: Europa-Archiv 1994, S. 91–100.
- Duignan, Peter/Gann, L. H.: The United States and the New Europe, 1945–1993, Cambridge 1994.
- Everling, Ulrich: Überlegungen zur Struktur der Europäischen Union und zum neuen Europa-Artikel des Grundgesetzes, in: Deutsches Verwaltungsblatt 1993, S. 936–947.
- Frye, Alton/Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europe and America: Between Drift and New Order. A preliminary report on a joint research project, New York 1993.
- Gerken, Lüder (Hrsg.): Europa 2000. Perspektive wohin? Die europäische Integration nach Maastricht, Freiburg i. Br. 1993.
- Gasteyger, Curt: Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945 bis 1993, Bonn 1994.
- Hänsch, Klaus: Vertiefung der Gemeinschaft und gesamteuropäische Identität. Ein System konföderaler Zusammenarbeit, in: Europa-Archiv 13/14 (1993), S. 389 ff.
- Hilf, Meinhard: Eine Verfassung für die Europäische Union: Zum Entwurf des Institutionellen Ausschusses des Europäischen Parlaments, in: integration 2 (1994), S. 68–78.
- Hobe, Stephan: Die Unionsbürgerschaft nach dem Vertrag von Maastricht. Auf dem Weg zum europäischen Bundesstaat?, in: Der Staat 1993, S. 225 ff.
- Jakobeit, Cord/Ypnaal, Alparslan (Hrsg.): Gesamt Europa, Opladen 1993.
- Janning, Josef: Am Ende der Regierbarkeit?, Gefährliche Folgen der Erweiterung der Europäischen Union, in: Europa-Archiv 22 (1993), S. 645–652.
- Jawlinskij, Grigorij: Reform von unten — Die neue Zukunft Rußlands, Gütersloh 1994.
- Karaganov, Sergei A.: Russia — the State of Reforms, Gütersloh 1993.
- Karaganov, Sergei A.: Whither Western Aid to Russia — a Russian View of Western Support, Gütersloh 1994.
- Kaufmann-Bühler, Werner: Deutsche Europapolitik nach dem Karlsruher Urteil, in: integration 1 (1994), S. 1–11.
- Kielmannsegg, Peter Graf: Läßt sich die Europäische Gemeinschaft demokratisch verfassten?, in: Europäische Rundschau 2 (1994), S. 23–32.
- Klepsch, Egon A.: Das Europäische Parlament und das europäische Einigungswerk: Einschätzungen und Vorschläge, in: integration

- 2 (1994), S. 61–67.
- Kloten, Norbert: Europäische Perspektiven nach Maastricht, in: *Europa-Archiv* 13/14 (1993), S. 397 ff.
- Larrabee, Stephen: *East European Security after the Cold War*, Santa Monica 1993.
- Linss, Hans Peter/Schönfeld, Roland (Hrsg.): *Deutschland und die Völker Südosteuropas*, München 1993.
- Lübbe, Hermann: *Abschied vom Superstaat, Vereinigte Staaten von Europa wird es nicht geben*, Berlin 1994.
- Mintschew, Emil: *Europa, die Europäische Gemeinschaft und die Balkanhalbinsel — ein Plädoyer für eine neue integrative Strategie*, in: *Südosteuropa* 7/8 (1993), S. 409 ff.
- Nötzold, Jürgen: *Europa zwischen nationalstaatlichem Handeln und übernationaler Integration: die deutschen Interessen*, SWP-AP 2813, Ebenhausen 1993.
- Nötzold, Jürgen: *Der östliche Teil Europas — Randgebiet oder Bestandteil der europäischen Integration*, in: *Außenpolitik* 1993, S. 326–334.
- Nye, Joseph S. u. a.: *Globale Kooperation nach dem Ende des Kalten Krieges: eine Neueinschätzung des Trilateralismus*, Bonn 1992.
- Reuter, Jens: *Jugoslawien — Versagen der internationalen Gemeinschaft?*, in: *Südosteuropa* 6 (1993), S. 333 ff.
- Rupprecht, Reinhard/Hellenthal, Markus: *Innere Sicherheit im Europäischen Binnenmarkt, Grundlagen* 10, Gütersloh 1992.
- Schmuck, Otto: *Demokratiedefizit in Europa — Neue Herausforderungen für eine Politische Union*, in: *Friedrich Ebert Stiftung: Reihe Eurokolleg* 25 (1993), S. 1–15.
- Schöndube, Claus: *4 von 518. Blick hinter die Kulissen des Europäischen Parlaments*, Bonn 1993.
- Schwarze, Jürgen u. a.: *Die Implementation von Gemeinschaftsrecht*, Baden-Baden 1993.
- Senghaas, Dieter: *Friedensprojekt Europa*, Frankfurt 1992.
- Stadler, Klaus-Dieter: *Die Europäische Gemeinschaft in den Vereinten Nationen*, Baden-Baden 1993.
- Watrin, Christian: *Stolpersteine auf dem Weg nach Europa*, in: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 57 (1993), S. 20–26.
- Weber, Albrecht: *Zur künftigen Verfassung der Europäischen Gemeinschaft. Föderalismus und Demokratie als Strukturelemente einer Europäischen Verfassung*, in: *Juristenzeitung* 325 (1993), S. 325 ff.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Was ändert die Einheit?*, Arbeitspapiere 9, Gütersloh 1993.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Der vollendete Binnenmarkt — eine Herausforderung für die Europäische Gemeinschaft*, Arbeitspapiere 11, Gütersloh 1993.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa*, Gütersloh 1993.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Das europäische Einwanderungskonzept*, Gütersloh 1994.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Maastricht in der Analyse. Materialien zur Europäischen Union*, Gütersloh 1994.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Europa '96 Reformprogramm für die Europäische Union*, Gütersloh 1994.
- Weidenfeld, Werner: *Jenseits der Selbstverständlichkeiten: Europa und Amerika brauchen einen Neubeginn*, in: *Europa-Archiv* 13/14 (1994).
- Weidenfeld, Werner/Huterer, Manfred: *Eastern Europa: Challenges-Problems-Strategies*, Working Papers 8, Gütersloh 1993.
- Weidenfeld, Werner/Janning, Josef (Hrsg.): *Europe in Global Change*, Gütersloh 1993.
- Weidenfeld, Werner/Janning, Josef: *Was Europa leisten soll. Vorlage zum International Bertelsmann Forum*, in: *Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Europas politische Agenda für die 90er Jahre*, International Bertelsmann Forum 1993, Gütersloh 1994.
- Weidenfeld, Werner/Jung, Christian: *Lehren aus Maastricht: Transparenz, Demokratie und Effizienz in der Europäischen Union*, in: *integration* 3 (1993), S. 138–146.
- Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Europa von A–Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, Bonn 1994.
- Wessels, Wolfgang/Engel, Christian (Hrsg.): *The European Union in the 1990s — Ever closer and larger*, Bonn 1993.